

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 790

Mittwoch, 25. Oktober 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Guatemalte*innen blockieren die Autobahnen, um die Demokratie zu verteidigen.....	1
Nur nach Beendigung der Blockade ihres Gebäudes ist MP bereit, sich mit den indigenen Autoritäten zu treffen.....	3
Schüsse während der Blockaden in Malacatán: 1 Toter und 3 Verletzte sind zu beklagen.....	3
Appellationsgericht hebt Urteil gegen José Rubén Zamora auf und weist Wiederaufnahme an.....	5
Urgent Action von Amnesty: Guatemala: Friedlich Protestierende in Gefahr.....	6

Guatemalte*innen blockieren die Autobahnen, um die Demokratie zu verteidigen

Guatemala, 11. Oktober – Viele Aktive in Guatemala haben mehr als 120 Protestblockaden im ganzen Land errichtet, während sich die Krise nach den Wahlen verschärft.

Imelda Mejía und ihre Tochter hielten ihre selbstgebastelten Protestschilder hoch und standen trotz der brütenden Hitze in Santa Elena, Petén im Norden Guatemalas mitten auf der Autobahn. Andere suchten Schutz im Schatten, verteilten Wasser und Brot und bedienten abwechselnd ein Megaphon, um die Stimmung bei der Aktion hochzuhalten. "Wir sind hier, weil wir unsere Rechte und unsere Stimmen verteidigen müssen", sagte Mejía, eine 52-jährige Hausfrau, gegenüber Truthout. "Wir können diese Korruption nicht mehr ertragen."

Die Guatemalte*innen setzen sich mit einer unbefristeten landesweiten Arbeitsniederlegung für die Demokratie ein, nachdem der Wahlprozess, der zum Sieg des Anti-Korruptions-Politikers Bernardo Arévalo bei den Präsidentschaftswahlen am 20. August führte, durch die Behörden untergraben wurde. Nach mehr als einer Woche des Stillstands geloben die Demonstranten, die Aktionen fortzusetzen, bis die Generalstaatsanwältin und drei weitere Justizbeamte zurücktreten.

Die Aktionen trotzen damit den Erklärungen des Präsidenten Giammattei und anderer, die ein bevorstehendes hartes Durchgreifen und mögliche Verhaftungen der Protestführer ankündigen: "Blockaden sind nicht friedlich. Blockaden schränken nicht nur die Bewegungsfreiheit ein, sondern behindern auch andere Rechte", sagte Präsident Alejandro Giammattei am 9. Oktober in einer landesweiten Sendung. "Ich möchte das mit Nachdruck sagen: All diese Handlungen ausserhalb der Grenzen des Gesetzes werden nicht länger toleriert."

Die Protestblockade am Haupteingang von Santa Elena, Petén, ist nur eine von mehr als 120 Aktionen auf Autobahnen und Strassen im ganzen Land. Nach Aufrufen der traditionellen Autoritäten der indigenen Maya im westlichen Hochland begannen Tausende von Menschen vor allem in den indigenen Regionen am 2. Oktober mit der Besetzung von Autobahnen, und die Proteste weiten sich seither immer weiter aus.

K'iche, Xinka, Kaqchikel und andere Anführer von autonomen indigenen Regierungsstrukturen kamen am 18. September in der Hauptstadt zusammen, um ihre Forderungen an verschiedene Regierungsinstitutionen zu überreichen, mit der Warnung, dass sie bereit seien, die Autobahnen innerhalb von zwei Wochen zu schliessen. "Unsere Geduld ist am Ende", sagte Esteban Toc, einer der traditionellen indigenen Autoritäten aus Sololá, während eines Marsches von einem Regierungsgebäude zum anderen.

Arévalo, ein progressiver Kongressabgeordneter und Soziologe, sieht sich seit Juni, als er sich unerwartet einen Platz in der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen sicherte, den Anfeindungen der Justizbehörden ausgesetzt, die seit seinem Sieg im August noch zugenommen haben. Indigene Behörden, soziale Bewegungen, Analyst*innen und Arévalo selbst

betrachten die Gegenreaktionen nach der Wahl als einen «Staatsstreich in Zeitlupe». Die zweitplatzierte Sandra Torres von der UNE-Partei hat ihre Niederlage noch immer nicht eingeräumt.

"Mit dieser Mobilisierung wollen wir die Bewegungen der indigenen Völker, die seit Tagen kämpfen, unterstützen und uns ihnen anschliessen", sagte Jonnathan Tobar, ein 23-jähriger Agronomiestudent, der an der Blockade von Santa Elena teilnimmt, die am 7. Oktober begann. Das Hauptziel der Blockaden ist es, als Druckmittel "die korrupten Grossunternehmer, deren Marionette diese Regierung ist, zu beeinflussen", sagte er.

Die Staatsanwaltschaft verfolgt weiterhin mehrere Fälle im Zusammenhang mit politischen Parteien und den Wahlen im Juni und August. [*Wir berichteten in den letzten Ausgaben darüber, d. Red.*] (...) "Sie suchen nach allem, was sie gegen den gewählten Präsidenten verwenden können", sagte Esteban Toc bei einer Protestveranstaltung in Guatemala-Stadt. "Es gibt so viel Korruption, und sie versuchen, ihn daran zu hindern, [sein Amt] anzutreten."

Bedienstete der Staatsanwaltschaft haben Wahlbeamte*innen, einschliesslich der Richter*innen des Wahlgerichts, kriminalisiert und versucht, deren Immunität aufzuheben. Sie haben auch mehrere Razzien im Hauptquartier des Wahltribunals durchgeführt. Bei der letzten Razzia, die vom 30. September auf den 1. Oktober stattfand, wurden die Original-Auszählungsbögen der Wahl beschlagnahmt. Am folgenden Tag begannen die landesweiten Blockadeaktionen.

Die übergreifende Forderung der Proteste ist der Rücktritt von Consuelo Porras, Guatemalas Generalstaatsanwältin; Rafael Curruchiche, Sonderstaatsanwalt gegen die Straffreiheit; Staatsanwältin Cinthia Monterroso und Richter Fredy Orellana. Aufgrund ihrer früheren Aktionen zur Untergrabung von Korruptionsfällen und zur Kriminalisierung von Journalist*innen werden sie alle im Rahmen des United States-Northern Triangle Enhanced Engagement Act als korrupte und undemokratische Akteur*innen eingestuft und dürfen nicht in die USA einreisen.

An der Blockade in Santa Elena jubelten die Menschen, als zwei junge Frauen mit einer Piñata ankamen, die eine Person mit den Gesichtern von Porras und Curruchiche auf dem Kopf darstellte. Studierende, Marktverkäufer*innen, Reiseveranstalter*innen und andere Demonstrant*innen bildeten einen Kreis um die Menschen, die abwechselnd mit verbundenen Augen versuchten, die Piñata zu treffen, während sie an einem Seil hin und her geschleudert wurde.

Der Rücktritt der vier Personen sei ein wichtiger erster Schritt, aber kein Allheilmittel, sagte der Student Tobar gegenüber Truthout. "Was danach kommt, ist sicherzustellen, dass der Übergang der Regierung erreicht wird, denn das wird weiterhin angegriffen werden", sagte er. "Wir haben das Gefühl, dass wir jemanden gewählt haben, der uns zum Licht am Ende des Tunnels führen kann."

Die überwiegende Mehrheit der nationalen Blockadeaktionen verläuft ohne Zwischenfälle, aber nicht alle. Bei mindestens drei Gelegenheiten sind Zivilist*innen mit Fahrzeugen durch kleinere Blockadeaktionen gefahren, bei zwei Blockaden wurden Schüsse abgegeben und andere bedroht. Am 9. Oktober feuerte die Polizei Tränengas auf eine Kundgebung in Guatemala-Stadt, nachdem eine kleine Gruppe meist maskierter junger Männer aufgetaucht war und einige Fensterscheiben eingeschlagen hatte. Trotz Giammatteis Warnung am Abend des 9. Oktobers, dass die Exekutive "nicht zögern wird, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen", waren die Bemühungen zur Niederschlagung am 10. Oktober begrenzt und letztlich erfolglos. Die Bereitschaftspolizei setzte Tränengas ein, um eine Blockade 65 Kilometer westlich der Hauptstadt zu räumen, aber die Demonstrant*innen formierten sich neu. Bereitschaftspolizei und Militärpolizei wurden an einigen Stellen in Guatemala-Stadt eingesetzt und erschienen an einer wichtigen städtischen Blockade, um über deren Auflösung zu verhandeln, aber es kamen mehr Menschen, um den Protest zu verstärken, und die Sicherheitskräfte zogen sich schliesslich zurück.

"Die Menschen haben keine Angst", sagte Wilian Ortega, Mitglied von CODECA, einer Bewegung für die Rechte von Land- und Kleinbauern. Er und andere CODECA-Mitglieder nahmen am 10. Oktober an der Blockade von Santa Elena teil und wiesen die Warnung der Regierung vor einem harten Durchgreifen zurück. Die Sicherheitskräfte haben einfach nicht die Anzahl oder die Kapazität, um alle Blockadeaktionen im ganzen Land zu räumen, sagte Ortega. "Wenn sie uns von hier wegbringen, werden wir uns einfach woanders neu gruppieren", sagte er gegenüber Truthout. "Wir werden hier bleiben, bis das Ziel erreicht ist".

Die Demonstrant*innen sind der Meinung, dass die Generalstaatsanwältin und andere mit ihrem Vorgehen letztlich das Ziel verfolgen, Arévalo an der Machtübernahme am 14. Januar zu hindern. Viele behaupten, der Präsident bestätige öffentlich den Übergang, arbeite aber insgeheim mit der Generalstaatsanwältin zusammen. Giammattei hat wiederholt und mit Nachdruck erklärt, dass der gewählte Präsident sein Amt wie geplant antreten wird. Dennoch bleiben Fragen offen, und einige Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft forderte vom Wahlgericht Unterlagen zu den Wahlverfahren und den darin involvierten Akteur*innen an, einschliesslich der Zehntausenden von Freiwilligen, die in den Wahllokalen tätig waren. Das Gericht kam den Ersuchen nach, ohne Informationen darüber erhalten zu haben, was die Motive für die Ermittlungen sind, sagten die Richter*innen selbst.

Carmen Cuj war eine dieser Freiwilligen. Die 23-jährige Lehrerin aus San Lucas Tolimán, einer überwiegend von Maya bewohnten Kaqchikel-Stadt 70 Meilen westlich der Hauptstadt, hat während der letzten beiden Wahlzyklen in den Wahllokalen geholfen. "Alle vier Jahre nehmen wir unser Recht wahr, zu wählen und gewählt zu werden. Die Freiwilligenarbeit ist eine Möglichkeit, unserem Land zu dienen", sagte sie gegenüber Truthout. Sie verurteilte das Vorgehen der Generalstaatsanwältin und forderte, das Wahlergebnis zu respektieren: "Das ist so viel Missbrauch", sagte Cuj. "Zu protestieren, auf die Strasse zu gehen und vor allem Blockaden zu errichten, ist die einzige Möglichkeit für die Machthaber, uns zu hören." (Sandra Cuffe, TRUTHOUT (<https://truthout.org/>), auch als link in: Waging Nonviolence)

Nur nach Beendigung der Blockade ihres Gebäudes ist MP bereit, sich mit den indigenen Autoritäten zu treffen

Guatemala, 17. Oktober - In einem Schreiben bekräftigte die von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras geleitete Staatsanwaltschaft (MP), dass sie einem Treffen mit den indigenen Autoritäten zustimmen werde, wenn sie im Gegenzug "ständigen" Zugang zum Sitz der Ermittlungsbehörde im Stadtteil Gerona in der Zone 1 von Guatemala-Stadt erhält. In dem Schreiben von Erick Eduardo Schaeffer Cabrera, Erster Stellvertretender Generalsekretär der MP, antwortet die Ermittlungsbehörde auf die Anfrage der indigenen Behörden bezüglich des vorgeschlagenen Treffens mit der sog. Mission für Dialoge der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am Mittwoch, den 18. Oktober um 18:00 Uhr im Nationalen Kulturpalast. "Die MP ist eine Institution der offenen Tür und stand und steht während der Amtszeit von Dr. María Consuelo Porras Argueta immer im Dienste der Guatemalteq*innen, weshalb der Antrag auf einen Dialog mit den traditionellen Autoritäten angenommen wurde", heisst es in dem Schreiben an die Generalsekretärin des Präsidialamtes, María Consuelo Ramírez. Zugleich wurde in dem Schreiben gefordert, dass dieses Treffen erst dann stattfinden werde, wenn die Demonstrant*innen den freien Zugang und Ausgang zum MP-Gebäude sowie zu anderen Sitzen der Behörde, die möglicherweise blockiert oder besetzt sind, garantieren, um einen harmonischen Dialog zu führen. Die Ermittlungsbehörde argumentiert, dass die Einschränkung, der Rechte, die Guatemalteq*innen durch die Blockaden erlitten "gegen die Demokratie verstösst" und das Recht auf friedliche Demonstrationen überschreite. Dieses habe auch das Verfassungsgericht (CC) entsprechend entschieden (*siehe genauer dazu letzte ¡Fijáte!-Ausgabe, d.Red.*).

Die indigenen Behörden nannten das Schreiben der MP "empörend", da der Protest friedlich verlaufen und zu keinem Zeitpunkt jemand bedroht worden sei. "Es ist besorgniserregend, dass sie, obwohl die Staatsanwaltschaft der Grund für die Mobilisierungen und Demonstrationen auf nationaler Ebene sind, weiterhin mit solchen Aussagen provozieren", heisst es in der Erklärung der indigenen Institution. Deshalb bitten sie um einen Dialog im Nationalen Kulturpalast bei einem Treffen mit der OAS und 22 Vertreter*innen der indigenen Völker, begleitet von Medien, da "alle Handlungen des Staates öffentlich sein sollten". (La Hora)

Schüsse während der Blockaden in Malacatán: 1 Toter und 3 Verletzte sind zu beklagen

Guatemala, 17. Oktober – In Malacatán, San Marcos haben am 16. Oktober bewaffnete Männer auf Blockierende geschossen. Es gab einen Toten und drei Verletzte. Der gewählte Bürgermeister von Ocos, der der Regierungspartei VAMOS angehört, wird mit dem Angriff in Verbindung gebracht.

Der offizielle Bericht der Unteren Generaldirektion für Polizeioperationen (SGO) des 42. Bezirk der Nationalen Zivilpolizei (PNC) von San Marcos, besagt in ihrer bürokratischen Sprache, dass die Vorfälle, die sich an der Orizaba-Kreuzung in Malacatán, San Marcos, ereigneten, gegen 11.25 Uhr begannen und mit einer getöteten Person endete. Mitglieder der Polizeieinheit SNM 091, die die Demonstrierenden an der Orizaba-Kreuzung absicherten, warnten, dass zu diesem Zeitpunkt eine Gruppe von etwa 50 Personen "mit Schusswaffen, Stöcken und Steinen ankam, mit der Absicht, die Strasse zu räumen". Und das taten sie auch.

In Videos, die in den sozialen Netzwerken kursierten, war zu sehen, wie Schusswaffen am Tatort abgefeuert wurden. Dem Polizeibericht zufolge koordinierte die Polizei sofort die Unterstützung mit dem diensthabenden Personal und der Verfügbarkeit der Station 42-06 der Reserve und der verfügbaren Spezialeinheiten. Als sie gegen 11.40 Uhr am Tatort eintrafen, erfuhren sie von den Demonstrant*innen, dass sich die Gruppe bewaffneter Personen an Bord eines grauen häufig in der Landwirtschaft genutzten Fahrzeugs (ein Pickup) und mehrerer Motorräder in Richtung Tecún Umán (Ayutla) entfernt hatte. Deren Kennzeichen wurde der Polizei zu diesem Zeitpunkt noch nicht genannt.

Um 12.05 Uhr meldete ein Polizist, dass drei Personen mit Schussverletzungen in die Notaufnahme des Nationalen Krankenhauses in Malacatán eingeliefert worden seien. Es handele sich um Leyber Adalindo Morales López, 25 Jahre alt, einen 15-jährigen Jugendlichen und Ubaldo Josué López, 20 Jahre alt. Alle drei haben Schusswunden am Hals, im Bauch und an den Beinen. Ihr Gesundheitszustand ist stabil. Die drei Personen gaben gegenüber der Polizei an, dass die Personen, die sich an Bord der Pickups befanden, auf sie geschossen hätten und dann geflohen seien. (...)

An der Kreuzung von Orizaba starb Francisco Gonzalo Velásquez Gómez, 66, an einer Schusswunde, wie Familienangehörige gegenüber Prensa Libre und Guatevisión erklärten. Er verkaufte an dieser Stelle Produkte und Zeitungen, und seine Kunden waren zuvorderst die Demonstrierenden. Prensa Comunitaria beschreibt ihn als Tagelöhner und Malanga-Bauer [*Malanga ist eine tropische Wurzelfrucht, d.Red.*], der früh zu dem Sitzstreik an der Kreuzung kam, um die Respektierung des Volkswillens bei den Wahlen und den Rücktritt der am «Staatsstreich» beteiligten Personen zu fordern. Die Kugel traf Velásquez Gómez in den Kopf und er starb auf der Stelle. Nachbarn setzten ihn in ein Motorradtaxi und brachten ihn nach Hause. Aus diesem Grund hat das Nationale Institut für forensische Wissenschaften (Inacif) auch keine Obduktion im Hauptquartier in Malacatán durchgeführt.

Die Familie hat nur die notwendigen Schritte unternommen, um einen Sarg zu kaufen und den Leichnam zu bewachen, der am 18. Oktober auf dem Friedhof von La Democracia, wo er ursprünglich herkam, beigesetzt werden soll. Wenige Meter vom Ort des bewaffneten Überfalls entfernt, an dem Velásquez Gómez starb, wurden zwei Kleintransporter völlig verbrannt zurückgelassen. Es ist noch nicht bekannt, wer sie in Brand gesetzt hat.

Ein Polizeifahrzeug der Sonderkommission für kriminalpolizeiliche Ermittlungen (DEIC) mit dem wurde von den Dorfbewohner*innen angezündet, die über das Vorgehen der bewaffneten Gruppe, die an der Kreuzung von Orizaba Schüsse abgab, erzürnt waren. Dem offiziellen Bericht zufolge befand sich dieses Dienstfahrzeug auf einer Ermittlungsfahrt, als es zwischen die Demonstrant*innen und die andere flüchtende Gruppe geriet. Die Beamt*innen blieben unverletzt, während in der Umgebung des Fahrzeugs auch ein Motorrad verbrannte.

Etwa 500 über den Vorfall empörte Menschen verfolgten die Personen und konnten einige von ihnen als Angestellte aus den Gemeinden Ayutla und Ocos, San Marcos, identifizieren. Auf Videos, die in den sozialen Netzwerken kursieren, ist zu sehen, wie Einheiten des PNC offenbar die Fahrzeuge eskortierten, in denen die für die Schiesserei Verantwortlichen unterwegs waren. Der PNC brachte sie zum Umspannwerk von Pajapita, um zu verhindern, dass "der Mob sie aus Rache für ihre Taten angreift". Zu den Videos, auf denen zu sehen ist, wie die Patrouillen offenbar die Fahrzeuge der Verhafteten eskortieren, sagte der PNC, dass "dies geschah, um sie zu evakuieren und die Ereignisse zu klären, da es zu diesem Zeitpunkt keine Aufzeichnungen über die Fakten gab, die später die Beteiligung der Verhafteten an den Schüssen auf Demonstranten, die die Strasse blockierten, belegten".

Die Spannungen hielten den ganzen Nachmittag über an. Um 13.30 Uhr wurde die Verhaftung von 11 Personen gemeldet. Bei den Inhaftierten wurden vier Schusswaffen beschlagnahmt, und sie wurden beschuldigt, die drei Personen bei Kilometer 272, Route CA-2 Occidente, Kreuzung Orizaba, mit Schusswaffen verletzt zu haben, als diese demonstrieren und die Strasse blockierten. Sie haben mutmasslich auch den Tod von Velásquez Gómez verursacht. Es handelt sich um Raudel Roelí Miranda Acabal, 23 Jahre; Jayro Edilberto Pérez Sánchez, 25 Jahre; César Gudiel Ramírez Castillo, 33 Jahre; Eddy Gabriel González López, 34 Jahre; Óscar David Tigüilá Chay, 41 Jahre; und Elver Jovany Escobar, 58 Jahre. Zudem: Eddy Marco Tulio Lima Carlos, 25; Marlon Alberto Hernández Ochoa, 29; Gober Misael Soto Alvarado, 37; José Ricardo Alfonso Loza Mérida, 28; und José Allan Pérez Leal, 61. Nach den bisherigen Angaben der Staatsanwaltschaft wurden die elf Verhafteten am Morgen des 17. Oktober aus Sicherheitsgründen nach Tecun Umán gebracht, wo ein Richter sie über den Grund ihrer Inhaftierung informierte, aber keinen Termin für ihre erste Anhörung festlegte.

Aus Polizeiunterlagen geht hervor, dass César Gudiel Ramírez Castillo am 10. März 2022 in der Ortschaft Los Laureles de Ocos unter dem Vorwurf der Geldwäsche und anderer Vermögenswerte festgenommen wurde. Prensa Comunitaria zitiert Soy502, dass dieser [*ebenfalls (?)*, d. Red.] am 7. April 2023 zusammen mit dem Drogenhändler, Rudy Leonel Grijalva García alias «El Caballo» (Das Pferd), verhaftet worden sei, gegen den ein Auslieferungsantrag der USA vorlag. Danach wurde Ramírez Castillo wieder auf freien Fuss gesetzt.

Dorfbewohner*innen berichteten den lokalen Medien, dass einige der Festgenommenen Leibwächter des gewählten Bürgermeisters von Ocos, Álvaro Guillermo López Rabanales, seien. Sie identifizierten einen von ihnen, Gober Misael Soto Alvarado, 37, der bisher in der Gemeinde Ayutla und nun in Ocos als Bediensteter arbeitete. Auf der Facebook-Seite von López Rabanales sieht man im Juni 2023 unter dem Titel "Dankesfeiern für den Sieg bei den Wahlen 2023 im Landbezirk Ocos", einen mit einem grauen T-Shirt bekleideten und bewaffneten Mann, der den gewählten Bürgermeister bewacht und der auch in den Videos der Angreifer zu sehen ist: Gober Misael Soto Alvarado. Er ist auf Guatecompra seit 2019 als Mitarbeiter der Gemeinde Ocos aufgeführt.

(...) Während der jetzigen Ermittlungen in Malacatán beschlagnahmte die PNC zwei Fahrzeuge. Eines davon, mit dem privaten Kennzeichen 644JPJ, silbergrau, ist laut den Unterlagen der Steuerbehörde (SAT) auf den Namen des gewählten Bürgermeisters von Ocos, López Rabanales, zugelassen.

Um 18.00 Uhr gab das Innenministerium (MinGob) ein Kommuniqué heraus, in dem auf die Vorfälle und die Festnahme der elf Personen hingewiesen wurde. Nach 19 Uhr trafen Ermittler*innen der Staatsanwaltschaft an der Orizaba-Kreuzung bei Kilometer 272 ein. An einem ersten Tatort fanden sie Blutspuren und drei Projektile von Schusswaffenschossen unbekanntes Kalibers. An einem anderen nahe gelegenen Tatort fanden sie 25 Patronenhülsen und auf einem

Taxiparkplatz weitere 25 ballistische Spuren.

Auf einem leeren Parkplatz fanden sie einen verbrannten Lieferwagen und auf der Strasse ein ebenfalls verbranntes Auto. Ausserdem wurden ein Motorrad und drei Pick-ups verbrannt. Dem MinGob zufolge blieben die Polizist*innen, die in dem Gebiet "für Sicherheit sorgten", "unbewaffnet", und nach dem Angriff wurden elf mutmassliche Täter festgenommen, zwei Fahrzeuge und vier Schusswaffen unterschiedlichen Kalibers beschlagnahmt. Ausserdem wurden laut dem Kommuniké ein PNC-Patrouillenwagen und ein Privatfahrzeug in Brand gesetzt. "Die Regierung Guatemalas verurteilt diese Gewalttaten", heisst es in der Erklärung, ohne auf die Toten einzugehen. (Prensa Libre)

Was einige in den Sozialen Medien zirkulierende Videos noch hergeben ... (Prensa Comunitaria)

Nach Angaben von Prensa Comunitaria zeigt ein weiteres Video, dass wenige Minuten vor dem bewaffneten Angriff Polizist*innen der PNC und der Spezialeinheiten der Polizei (Einheit gegen Aufstände) mit Mitgliedern dieser bewaffneten Gruppe sprachen.

Die Videos zeigen auch, dass sowohl die Streifenwagen als auch die Picops, die die Gruppe transportierten, eine Karawane bildeten.

Ein weiteres Video, das in den sozialen Netzwerken veröffentlicht wurde, zeigt, wie die PNC-Agenten die bewaffnete Gruppe nach dem Angriff aus dem Gebiet evakuieren. Als sie durch die Strassen führen, wurden sie von den Dorfbewohnern mit Steinen beworfen, um den Angriff abzuwehren.

Auf den in den sozialen Netzwerken veröffentlichten Videos sind die bewaffneten Männer zu sehen, die sich den Demonstrant*innen nähern. Einer der Dorfbewohner fragt sie: "Was wollt ihr?" Zwei Männer mit Schusswaffen beschleunigen jedoch ihre Schritte in Richtung des Sitzstreiks.

Auf einem anderen Video ist zu sehen, wie sechs Streifenwagen der PNC und mehrere Polizist*innen aus San Marcos einen grauen und einen weissen Pikops, wenige Meter von dem Ort entfernt, bewachen, an dem der Angriff auf die Demonstranten stattfand. Vor den Augen der Anwohner*innen, die sie als die Angreifer bezeichneten, schossen sie erneut (...). In den Videos ist zu sehen, dass sich zum Zeitpunkt, als die Schüsse fielen, Dutzende von Demonstrant*innen in der Gegend befanden. Diese suchten in den umliegenden Häusern Schutz, während andere sich auf den Asphaltboden warfen. Trotzdem wurde einer der Dorfbewohner*innen durch die Schüsse getötet.

Einwohner*innen von Malacatán berichteten in sozialen Netzwerken zudem, dass die Täter nach dem Angriff in der Militärbasis "Montañita", einer Einrichtung der guatemalteckischen Armee nahe der mexikanischen Grenze, Zuflucht gesucht habe sollen.

Luis Morales, PDH-Assistent in San Marcos, teilte Prensa Comunitaria mit, dass man aufgrund der in den sozialen Netzwerken kursierenden Informationen eine Akte angelegt habe und ein Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft (MP) wegen Verletzung des Menschenrechts auf Leben weiterleiten werde. Ihm zufolge würde die Akte die Staatsanwaltschaft dazu verpflichten, den Angriff und den Tod des Dorfbewohners zu untersuchen.

In der Zwischenzeit verurteilte der gewählte Präsident Bernardo Arévalo die von den kämpfenden Gruppen in Malacatán provozierte Gewalt und forderte die Behörden auf, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten, die sich an den aktuell 27 Blockade-Orten aufhalten, die nach Angaben der Generaldirektion für Schutz und Verkehrssicherheit (PROVIAL) am Montagnachmittag eingenommen wurden.

Weitere Angriffe auf Demonstrierende

Das Komitee für bäuerliche Entwicklung (CODECA) verurteilte die Repressionen gegen die Bevölkerung, die friedlich gegen Korruption demonstriert und "strukturelle Veränderungen" fordert. In einem Kommuniké wies es darauf hin, dass "der Pakt der Korrupten in den 15 Tagen der Demonstrationen die Reihen geschlossen hat, indem er die Nationale Zivilpolizei als Eskorte für paramilitärische Gruppen, private Sicherheitsdienste und angeheuerte Mörder einsetzt, die kommen, um die Menschen anzugreifen".

Es prangerte mehrere Angriffe auf die in der CODECA organisierten Gemeinden an, darunter einen am 10. Oktober, als eine Gruppe bewaffneter Männer auf Demonstrant*innen auf einer Strasse Richtung El Salvador schoss.

Der zweite von der Organisation registrierte Vorfall ereignete sich am 12. Oktober in Chiquimulilla, wo bewaffnete Männer den Anführer der CODECA tötlich angriffen, der daraufhin ins Krankenhaus gebracht wurde.

Drei weitere Angriffe ereigneten sich nach Angaben der Organisation am Montag, den 16. Oktober, als bewaffnete Gruppen in El Asintal, Retalhuleu, Mazatenango, Suchitepéquez und in Malacatán und Ayutla, San Marcos (s.o.), angriffen. (Prensa Comunitaria)

Appellationsgericht hebt Urteil gegen José Rubén Zamora auf und weist Wiederaufnahme an

Guatemala, 13. Oktober - Die Zweite Berufungskammer hat entschieden, der Berufung der Generalstaatsanwaltschaft de Nation (PGN) aus verfahrensrechtlichen Gründen stattzugeben und die Verurteilung des Journalisten und Gründers von elPeriódico, Jose Rubén Zamora, der wegen Geldwäsche zu sechs Jahren Haft verurteilt worden war, aufzuheben.

Die Kammer wies die von der Verteidigung Zamoras, der Verteidigung der Stiftung gegen den Terrorismus (FCT) und der Staatsanwaltschaft (MP) eingelegten Rechtsmittel zurück. Das Urteil betrifft ebenfalls die ex-Anti-Korruptions-Staatsanwältin, Samari Gómez, die wegen angeblicher Weitergabe geheimer Informationen belangt wurde. Beide müssen sich nun erneut vor dem Neunten Straferichtshof verantworten. Insofern ist es kein Freispruch für die beiden, sondern eine Wiederaufnahme. (Prensa Comunitaria)

Urgent Action von Amnesty: Guatemala: Friedlich Protestierende in Gefahr

London, 12. Oktober - Am 2. Oktober 2023 riefen mehrere indigene Behörden, Gruppen und Autoritäten zu massiven Protesten auf. Darunter die Bewegung der 48 Kantone von Totonicapán (...), die indigenen Gemeindeverwaltungen von Sololá und Santa Lucía Utatlán, mehrere Gemeinden von San Cristóbal Totonicapán, das Xinka-Parlament, die Gemeinschaft der Ixil und weitere indigene Gemeinschaften. Zuvor hatte Bernardo Arévalo die Stichwahl um das Präsidentenamt am 20. August mit deutlicher Mehrheit gewonnen. Doch die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt gegen seine Mitte-Links-Partei Movimiento Semilla (Bewegung Saat Korn) und die Oberste Wahlbehörde. Nach Ansicht der Demonstrierenden ist dies ein Versuch, den Einzug von Bernardo Arévalo in das Präsidentenamt zu verhindern, der turnusgemäss am 14. Januar ansteht. Die Demonstrationen wurden rasch von Studierenden mehrerer Universitäten sowie zahlreichen anderen Bevölkerungsgruppen im ganzen Land unterstützt. Sie alle fordern den Rücktritt der Generalstaatsanwältin und weiterer Staatsanwält*innen, die für die eingeleiteten Strafverfahren verantwortlich sind. Nach Informationen von Amnesty verlaufen die Demonstrationen, zu denen auch Strassenblockaden in verschiedenen Teilen des Landes gehören, friedlich. In der Regel ermöglichen die Teilnehmenden eine ungehinderte Durchfahrt von Krankenwagen und verderblichen Gütern.

Am 9. Oktober erklärte der noch amtierende Präsident jedoch, dass die Blockaden "illegal" seien, wobei er auf angebliche Engpässe, die "Entführung" eines mit Sauerstoff beladenen Lastwagens und Schäden für die Wirtschaft des Landes verwies. Ausserdem spielte er auf angebliche Gewalttaten an (von denen er mehrere vermeintlich radikalen Gruppen oder Infiltratoren zuschrieb) und sagte, dass die Aufrufe zu Blockaden "die demokratische Ordnung gefährden". Der Präsident stigmatisierte die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die die Proteste unterstützt haben. Er kündigte Haftbefehle gegen Studierende und ausländische Personen an, die an den Protesten teilgenommen und/oder die Organisator*innen beraten haben. Es würden alle erforderlichen Massnahmen ergriffen werden, um die Normalität wiederherzustellen. Am selben Tag erstattete eine Gruppe, die sich aktiv für die Kriminalisierung von Justizmitarbeiter*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen einsetzt, Strafanzeige gegen den Vorsitzenden der "48 cantones". Ausserdem wurden an mehreren Orten massive Polizeiaufgebote sowie schwer bewaffnete Personen beobachtet, die ein Einkaufszentrum in Guatemala-Stadt bewachten.(...)

Obwohl das Verfassungsgericht eine Entscheidung zugunsten des Rechts der indigenen Bevölkerung auf Protest getroffen hatte, ermächtigte es am 11. Oktober die guatemalteken Behörden, das Recht auf friedliche Versammlung einzuschränken, um "die Freizügigkeit, den Zugang zu Gesundheit und Leben, die Sicherheit, das Recht auf Arbeit, Handel und Industrie sowie die Gewährleistung grundlegender Dienstleistungen wie Beförderung, Wasser, Trinkwasser, Strom und anderer betroffener Bereiche" wiederherzustellen. (...)

https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/guatemala-friedlich-protestierende-gefahr-2023-10-17?j=191271&sfmc_sub=8706951&l=45_HTML&u=2993722&mid=536000658&jb=1001

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6